



Nr. 18

5. Mai 2022

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Gespräch im Bundeskanzleramt

[„Öffentlicher Dienst muss krisenfest aufgestellt werden“](#)

1. Mai

[Öffentlicher Dienst sichert Demokratie, Frieden und Wohlstand](#)

Proteste gegen kommunale Arbeitgebende

[Sozial- und Erziehungsdienst: Weitere Warnstreiks – Demo in Nürnberg](#)

Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

[Europäischer Protesttag: Barrierefreiheit steht im Fokus](#)

dbb frauen

[Startschuss für Modellprojekt „Führen in Teilzeit“ mit BMFSFJ](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

[Initiative für die Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst bekommt Unterstützung](#)

Thüringen

[Klagen gegen Beamtenbesoldung eingereicht](#)

Schleswig-Holstein

[Verfassungsgemäße Alimentation: Was Beamtinnen und Beamte jetzt tun müssen](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Kampf gegen Organisierte Kriminalität: Strukturreform beim Zoll?](#)

Deutscher Philologenverband (DPHV)

[Umfrage zur Schul-Bürokratie: Lehrkräften bleibt immer weniger Zeit für Unterricht](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

Gespräch im Bundeskanzleramt „Öffentlicher Dienst muss krisenfest aufgestellt werden“

Die Bundesregierung muss das Staatswesen modernisieren – gerade in Krisenzeiten. Das hat dbb Chef Ulrich Silberbach im Gespräch mit Kanzleramtschef Wolfgang Schmidt angemahnt.

„In ihrem Koalitionsvertrag hat die Ampel-Regierung wortreich erklärt, dass sie einen ‚ermöglichenden, lernenden und digitalen Staat‘ will. Dieses Ziel darf nicht aus dem Fokus geraten, gerade weil sich das Land seit Jahren im Dauerkrisen-Modus befindet. Denn bereits heute ist klar: Selbst, wenn die Corona-Pandemie oder der Krieg in der Ukraine eines Tages hinter uns liegen, warten etwa mit den vielfältigen Folgen des Klimawandels weitere existenzielle Herausforderungen auf uns. Deshalb müssen wir jetzt die Weichen richtig stellen und den öffentlichen Dienst krisenfest aufstellen, auch wenn das enorm viel Kraft kosten wird“, sagte der dbb Bundesvorsitzende bei dem Treffen in Berlin am 5. Mai 2022.

Dafür sei auch ein neues Verständnis von Wirtschaftlichkeit und Daseinsvorsorge notwendig, betonte Silberbach: „Eine – wenn überhaupt – nur für den Alltag ausgestattete Verwaltung wird im Ausnahmefall immer in die Knie gehen, das wurde etwa bei den Gesundheitsämtern während der Pandemie einmal mehr deutlich. Auch wenn wir nicht auf jeden denkbaren Fall vollumfänglich vorbereitet sein können, so müssen wir doch wenigstens die Strukturen schaffen, um in der Krise schnell zu reagieren. Natürlich wird das Geld kosten, aber wir werden nicht müde anzumahnen: Die Folgekosten von Untätigkeit sind für die Gemeinschaft um ein Vielfaches höher, als heute angemessen in die Daseinsvorsorge zu investieren.“

1. Mai

Öffentlicher Dienst sichert Demokratie, Frieden und Wohlstand

Der dbb sieht in Personalkürzungen und ausbleibenden Investitionen im öffentlichen Dienst eine Gefahr für das Funktionieren der freien Gesellschaft.

dbb Chef Ulrich Silberbach sagte den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Ausgaben vom 1. Mai 2022) anlässlich des 1. Mai: „Nur ein für alle gleich und verlässlich funktionierender, leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist in der Lage, dauerhaft Demokratie, Freiheit, Frieden und Wohlstand zu sichern, weil er das Band des sozialen Zusammenhalts ist.“ Silberbach mahnte die öffentlichen Arbeitgeber und politisch Verantwortlichen, wer dieses Band zerstöre, „setzt destruktive Kräfte frei, die großen und langfristigen Schaden anrichten können“. Für die Zukunftsaufgaben, die der öffentliche Dienst zu meistern habe, seien massive Investitionen in Arbeitskraft und Ausstattung notwendig, sagte der dbb Bundesvorsitzende, „sonst sehe ich schwarz“.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und in den privatisierten Bereichen wie Bahn und Post gingen „auf dem Zahnfleisch – und das leider nicht erst seit der Corona-Pandemie“. Silberbach hob hervor, das strukturelle Personaldefizit belaufe sich derzeit auf mehr als 300.000 Kolleginnen und Kollegen. In den kommenden Jahren gingen zusätzlich Hunderttausende Beschäftigte in den Ruhestand. Es dürfe daher niemanden verwundern, wenn es in vielen Bereichen des öffentlichen Diensts „an allen Ecken und Enden nicht mehr reicht“, mahnte Silberbach. Dies sei „das Ergebnis von jahrzehntelanger Sparpolitik auf Kosten von Behörden und Verwaltungen“. Stetig gewachsen sei lediglich der „Aufgabenberg“. Doch irgendwann sei „das Ende der Leistungs- und Funktionsfähigkeit erreicht“.

Proteste gegen kommunale Arbeitgebende Sozial- und Erziehungsdienst: Weitere Warnstreiks – Demo in Nürnberg

Beschäftigte des Sozial- und Erziehungsdienstes haben ihre Warnstreiks fortgesetzt. In Nürnberg fand eine zentrale Kundgebung statt.

Im Tarifkonflikt über bessere Arbeitsbedingungen im Sozial- und Erziehungsdienst haben die Beschäftigten den Druck auf die Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) weiter erhöht. Während in den vergangenen Tagen bereits Warnstreiks und dezentrale Protestaktionen insbesondere in Nordrhein-Westfalen stattfanden, war am 4. Mai 2022 vor allem die Region Franken betroffen. In Nürnberg nahmen über 300 Beschäftigte an einer Kundgebung teil.

„Die VKA hat uns vorgeworfen, mit unseren Protesten das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Daseinsvorsorge zu erschüttern. Das ist eine schon fast absurde Verdrehung der Tatsachen. Wenn etwas die Menschen im Land frustriert, dann ist es das offensichtliche Desinteresse der Politik an den Missständen in unseren Kitas und im Bereich der Sozialen Arbeit“, sagte dbb Tarifchef Volker Geyer bei der Kundgebung auf dem Sebalder Platz.

„Die betroffenen Familien erleben doch jeden Tag, wie Personalmangel und Überlastung die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen gefährdet. Und sie haben ein sehr feines Gespür dafür, wie die VKA die Aufwertung des Berufsfeldes blockiert und damit auch die Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung verhindert. Mehr noch: Durch die Verweigerung konkreter Entlastung sorgt sie auch noch dafür, dass immer mehr Kolleginnen und Kollegen sich andere Jobs suchen – unter anderem, weil sie sonst schlicht nicht bis zur Rente durchhalten. Das alles wissen die Bürgerinnen und Bürger sehr genau, deshalb gibt es eine große Solidarität mit den Beschäftigten.“

Der dbb fordert unter anderem eine bessere Bezahlung durch höhere Eingruppierungen in den entsprechenden Entgelttabellen. Außerdem soll inhaltlich bessere Arbeit ermöglicht werden, beispielsweise durch die Ausdehnung von Vor- und Nachbereitungszeiten.

Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen Europäischer Protesttag: Barrierefreiheit steht im Fokus

Um die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung voranzubringen, fordert der dbb das Thema „Barrierefreiheit“ umfassend in allen Lebenswelten anzugehen.

„Barrierefreiheit muss fester Bestandteil jedes Gesellschaftsbereiches werden, wenn wir eine echte Gleichstellung von Menschen mit Behinderung erreichen wollen“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 5. Mai 2022, dem Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Er steht in diesem Jahr unter dem Motto „Tempo machen für Inklusion – barrierefrei zum Ziel!“. „Individuelle Mobilität muss beispielsweise schon bei der Planung jedes Gebäudes und besonders jedes öffentlichen Bauprojektes mitgedacht werden. Und erst wenn etwa alle Schülerinnen und Schüler bei Bedarf mit Hilfe von Assistenzsystemen an allen Lehrveranstaltungen teilnehmen können, kommen wir dem Ziel umfassender Teilhabe näher. Tatsächlich sind aber heute leider noch nicht mal alle Bahnhöfe in deutschen Städten barrierefrei –

von Gleichstellung kann also noch längst keine Rede sein.“

Die fortschreitende Digitalisierung bringe für Menschen mit Behinderung neben vielen potenziellen Erleichterungen auch Gefahren mit sich, zum Beispiel die soziale Isolierung im Arbeitsleben durch „Verbannung“ ins Homeoffice, betonte Silberbach. „Dabei ist gerade die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung aus Sicht des dbb noch eine große Baustelle. Hier wurde zwar etwa mit den Budget für Ausbildung ein wichtiger Schritt gegangen, doch darauf gilt es nun konsequent aufzubauen.“ Der dbb werde in diesen und weiteren Bereichen konsequent weitere Verbesserungen von der Politik einfordern und dazu auf seinem Gewerkschaftstag im November auch einen Leit Antrag zur „Inklusion und Teilhabe“ beraten.

dbb frauen

Startschuss für Modellprojekt „Führen in Teilzeit“ mit BMFSFJ

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und die dbb frauen haben sich über verbesserte Aufstiegsmöglichkeiten für Teilzeitkräfte im Bundesdienst verständigt.

Nur 11 Prozent der Beschäftigten im höheren Dienst mit Vorgesetzten- und Leitungsfunktionen in den obersten Bundesbehörden führen in Teilzeit. Davon sind 73 Prozent Frauen. Führen in Teilzeit ist immer noch die Ausnahme.

„Wer für die Familie die Arbeitszeit reduziert – und das sind noch immer überwiegend Frauen – schafft es seltener in Führungspositionen. Wir wollen daher Führen in Teilzeit gemeinsam mit den dbb frauen im Rahmen eines Modellprojekts ausbauen. So sollen in Zukunft mehr Frauen die Chance erhalten, in Führungspositionen zu gelangen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden. Das ist ein wesentlicher Baustein, um das gesetzliche Ziel der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Bundesverwaltung bis Ende 2025 zu erreichen“, betonte Margit Gottstein, Staatssekretärin im BMFSFJ. Zusammen mit der Vorsitzenden der dbb bundesfrauenvertretung, Milanie Kreutz, gab sie Anfang Mai 2022 den Startschuss für das gemeinsame Projekt.

„Uns geht es vor allem darum, dass Teilzeitmodelle als Standardarbeitsverhältnisse anerkannt werden. Gerade im höheren Dienst muss es selbstverständlich sein, dass Frauen sich nicht zwischen ihren familiären Fürsorgepflichten und einer beruflichen Führungsposition entscheiden müssen“, machte Kreutz deutlich.

Kreutz verwies in diesem Zusammenhang auch auf die Bedeutung einer genderechten Haushaltsführung, die für die Gestaltung einer geschlechtergerechten und nachhaltigen Behördenkultur unabdingbar sei. Einen behörden-

übergreifenden Universalplan für den gesamten Bundesdienst zu entwerfen, sei jedoch nicht zielführend. Vielmehr müssten, so Kreutz, aufbauend auf den spezifischen Kapazitäten und Arbeitsanforderungen in den jeweiligen Ministerien sowie deren nachgeordneten Bereichen, konkrete Lösungen erarbeitet werden. „Jede Verwaltung kann Führen in Teilzeit zur Realität machen, denn unterschiedliche Konstellationen – Führungsverantwortung unter mehreren Fachkräften aufzuteilen oder Führungspositionen in Teilzeit anzubieten – eröffnen vielfältige Spielräume.“

Vor allem aber gehe es in erster Linie darum, die Vorzüge dieser Führungsmodelle für die gesamte Belegschaft noch stärker zu kommunizieren. „Das Führen in Tandems hat beispielsweise den Vorteil, dass nunmehr zwei Ansprechpersonen Feedback geben können und damit auch zwei Meinungen zur Leistungsbewertung eingeholt werden können. Dienstliche Beurteilungen, die für die Karriereentwicklung von Beamtinnen ausschlaggebend sind, können so insgesamt fundierter, objektiver und ausbalancierter formuliert werden.“ Den derzeitigen Führungskräften käme eine Schlüsselrolle zu: „Kommunikationsfähigkeiten und soziale Kompetenzen müssen ebenso trainiert werden wie Resilienz und Teamorganisation“, so Kreutz.

Darüber hinaus zeigten sich Kreutz und Gottstein mit Blick auf die aktuelle politische Situation einig: Frauen- und Gleichstellungsthemen dürfen auch in Krisenzeiten in der politischen Agenda nicht aus dem Blickfeld geraten, sondern müssen krisenfest gestaltet werden.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

Initiative für die Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst bekommt Unterstützung

Die Initiative des NRW-Innenministeriums „Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ veranstaltete am 29. April 2022 eine Tagung mit den Gewerkschaften im öffentlichen Dienst. Viele Vertreterinnen und Vertreter des DBB NRW nahmen teil, darunter auch der stellvertretende Vorsitzende Erich Rettinghaus.

Innenminister Herbert Reul machte deutlich, dass die Unterstützung seitens des DBB NRW und des DGB NRW ein starkes Signal für die Initiative sei. „Ich bin überzeugt, wenn sich der ganze öffentliche Dienst zusammenschließt, wenn sich eine Million Menschen stark machen, dann können wir was bewegen“, sagte der Minister. „Dabei spielen die Gewerkschaften für uns eine wichtige Rolle.“

Erich Rettinghaus begrüßte ausdrücklich die Einrichtung der neuen Landesinitiative. NRW sei nun auf einem guten Weg. Als Dachverband zahlreicher Einzelgewerkschaften für den öffentlichen Dienst sehe sich der DBB NRW in der Pflicht, die Initiative bestmöglich zu unterstützen.

In seinem Statement sagte der stellvertretende Vorsitzende des DBB NRW, dass seit vielen

Jahren, eigentlich Jahrzehnten, eine stetig steigende Gewaltbereitschaft zu beobachten sei. Es gelte, jegliches Gewaltgeschehen aus dem Dunkel heraus ans Licht der Öffentlichkeit, der Ächtung und Ahndung zu bringen. Und es gelte, der Verrohung und der Rückentwicklung „zum Recht des körperlich Stärkeren“ entschlossen entgegenzutreten.

Rettinghaus: „Das Gewaltmonopol liegt in unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung allein beim Staat. Staatliches Handeln ist jederzeit messbar und überprüfbar, die Menschen genießen lückenlosen Rechtsschutz. Diesen „gesamtgesellschaftlichen Vertrag“ müssen wir pflegen und fördern und allen gewaltsamen Bestrebungen Einhalt gebieten.“

Thüringen

Klagen gegen Beamtenbesoldung eingereicht

Der tbb beabsichtigt mit Musterklagen an allen Verwaltungsgerichten feststellen zu lassen, dass die Beamtenbesoldung in Thüringen auch nach der Gesetzesänderung im November 2021 verfassungswidrig ist.

„Es geht los“, erklärte der dbb Landeschef Frank Schönborn am 26. April 2022 in Erfurt. Mit Hilfe einer Erfurter Kanzlei hat man aktuell mit finanzieller Unterstützung der im tbb organisierten Fachgewerkschaften an den Verwaltungsgerichten in Gera und Weimar gegen die Beamtenbesoldung in Thüringen Klagen eingereicht. Die Klägerinnen und Kläger stammen aus dem Landesdienst.

Schönborn erläuterte, dass es ein langer Weg gewesen sei, um die Klagen einzubringen. Dies vor allem deshalb, weil das neue Besoldungsgesetz erst im November 2021 in Kraft getreten war und das Widerspruchsverfahren viel Zeit in Anspruch genommen hatte und für viele Betroffene noch läuft.

Schleswig-Holstein

Verfassungsgemäße Alimentation: Was Beamtinnen und Beamte jetzt tun müssen

Das Gesetzespaket, mit dem der Landtag auf die verfassungswidrige Besoldungssituation reagiert hat, ist am 1. Mai 2022 in Kraft getreten. Einige der Nachbesserungen greifen automatisch. In bestimmten Fällen ist jedoch ein Handeln der Beamtinnen und Beamten erforderlich, teilt der dbb sh mit

Von den für die Besoldung zuständigen Stellen müssen – gegebenenfalls rückwirkend – automatisch umgesetzt werden: die beschlossenen Hebungen in der Laufbahngruppe 1 (von A 5 nach A 6 sowie in bestimmten Fällen von A 6 nach A 7), die Streichung der Erfahrungsstufe 1 bis zur Besoldungsgruppe A 7, die Erhöhung des kinderbezogenen Familienzuschlags um 40 Euro je Kind sowie die Verbesserungen bei der Beihilfe (Erhöhung der Beihilfebemessungssätze in bestimmten Fällen mit berücksichtigungsfähigen Kindern sowie Wegfall des Beihilfeselbstbehaltes bis A 9) und der Heilfürsorge (Reduzierung der Besoldungskürzung auf 1 Prozent). Allerdings müssen die betroffenen Beamtinnen und Beamten dafür Sorge tragen, dass der Versicherungsschutz aufgrund neuer Beihilfesätze angepasst und die Beihilfekasse entsprechend informiert wird.

Grundlegender Handlungsbedarf besteht im Zusammenhang mit dem Anspruch auf Familienergänzungszuschläge. Diese kommen bei ein oder zwei berücksichtigungsfähigen Kindern für die Besoldungsgruppen A 6 bis A 9 (bis zu 475 Euro) sowie bei mindestens drei berücksichtigungsfähigen Kindern unabhängig von der Besoldungsgruppe (bis zu 353 Euro je

Kind, aber besondere Regelung rückwirkend für Januar 2020 bis April 2022) in Frage. Voraussetzung ist grundsätzlich die Unterschreitung von Höchstgrenzen des Familien- bzw. Partnereinkommens. Dies muss durch entsprechende Vordrucke, die die Bezügestellen vorhalten, erklärt werden.

Da sich die Politik aus Spargründen für eine kleinteilige und komplizierte Regelung entschieden hat, ist davon auszugehen, dass in der Praxis Fragen und Probleme auftreten. Diese wird der dbb sh über seine Fachgewerkschaften zusammentragen, um an Lösungen arbeiten zu können. Ungeachtet dessen könne aber auch auf alle, die von der neuen Gesetzeslage nicht profitieren, Handlungsbedarf zukommen: Nämlich die Absicherung weiterhin bestehender Ansprüche. Denn nach Auffassung des dbb sh ist es nicht akzeptabel, dass etliche Kolleginnen und Kollegen weiterhin von Kürzungen betroffen sind, aber kaum oder gar nicht von den Ausgleichsmaßnahmen profitieren. Hierzu werde man – nach fundierten Vorbereitungen – rechtzeitig Informationen und Empfehlungen geben.

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

Kampf gegen Organisierte Kriminalität: Strukturreform beim Zoll?

Bundesfinanzminister Christian Lindner hat bei der Zolljahrespressekonferenz am 2. Mai 2022 eine grundlegende Bestandsaufnahme auf dem Gebiet der Bekämpfung von Organisierter Kriminalität und Geldwäsche durch die Zollverwaltung bekanntgegeben.

Dazu soll es einen Prüfauftrag an die Generalzolldirektion geben. Ziel sei es, durch die Generalzolldirektion diverse Vorschläge zur Fortentwicklung der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität zu erarbeiten. Doch für den BDZ bleibt dabei einiges im Ungewissen und wird zur Unruhe bei der Zollverwaltung führen. Die Fachgewerkschaft kritisiert auch die bislang nicht praktizierte Vorgehensweise zur Ankündigung organisatorischer und fachlicher

Prüfungen beim Zoll: So erfahren mehr als 40.000 Zöllnerinnen und Zöllner mittels einer gegenüber den Beschäftigten nicht angekündigten und nicht verfolgten Pressekonferenz die Überprüfung ihres Arbeitsumfeldes. Eine vorherige verwaltungsinterne Ankündigung des Prüfungsvorhabens gegenüber den Beschäftigten „hätte dem Stellenwert der Wertschätzung eher entsprochen“.

Der BDZ will sich gegen sämtliche Vorhaben wehren, die bewährte Strukturen zerschlagen und nicht erkennen lassen, wo überhaupt der Mehrwert liegen soll. Ferner erteilt der BDZ jeglichen Reformansätzen eine klare Absage, die den Personaleinsatz zur Verfügungsmasse

verkommen lassen. Die „Wunderwaffe“ des mit jeder Organisationsreform dargelegten flexiblen Ressourceneinsatzes dürfe nicht zur Aushöhlung der bewährten sozialen Standards innerhalb der Zollverwaltung führen.

Deutscher Philologenverband (DPhV)

Umfrage zur Schul-Bürokratie: Lehrkräften bleibt immer weniger Zeit für Unterricht

Lehrkräfte müssen sich mit viel zu viel bürokratischem Aufwand auseinandersetzen. Dies geht zulasten ihres Fachunterrichts. Das geht aus einer Online-Umfrage des DPhV unter mehr als 3000 Lehrkräften an Gymnasien in ganz Deutschland hervor.

Demnach schränkt der bürokratische Aufwand bei knapp 78 Prozent der befragten Lehrkräfte die Qualität ihres Fachunterrichts ein. Knapp 85 Prozent der befragten Lehrkräfte halten den bürokratischen und unterrichtsfernen Aufwand, den sie zusätzlich zu ihrer Tätigkeit als Klassen- und Fachlehrkräfte bewältigen müssen, für unangemessen und belastend. Zum belastenden „bürokratischen Aufwand“, der aus Sicht des DPhV professionell besser von Schulassistenten erledigt werden sollte, gehören für knapp 79 Prozent der Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer unter anderem die Abrechnungen für Klassenfahrten. Mehr als 72 Prozent der befragten Klassenlehrerinnen und -lehrer haben während der Corona-Zeit den Corona-Impfstatus ihrer Schülerinnen und Schüler kontrolliert. Unabhängig von Corona müssen knapp 57 Prozent von ihnen den Masern-Impfstatus der Schülerinnen und Schüler kontrollieren. Auch mehr als 56 Prozent der befragten Fachlehrkräfte kontrollierten den Corona-Impfstatus, mehr als die Hälfte von ihnen gab an, sich ebenfalls um die Abrechnung der Klassenfahrten kümmern zu müssen.

Außerdem müssen zum Beispiel pädagogische Maßnahmen und Abläufe, Sitzungen, Konferenzen, Elterngespräche und Förderpläne dokumentiert werden. Auch elektronische Klassenbücher, die in Schulen in manchen Bundesländern bereits eingeführt sind und Aussagen zu Stundeninhalten und Anwesenheiten beinhalten, sind derzeit noch zu arbeitsintensiv in der Handhabung, bemängelt der Verband.

Die DPhV Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing forderte deshalb am 4. Mai 2022: „Lehrkräfte brauchen mehr Zeit für ihre Schülerinnen und Schüler. Sie brauchen mehr gut investierte Zeit für guten Unterricht. Selbstverständlich brauchen Klassenlehrer und Klassenlehrerinnen eine extra Klassenleitungsstunde! Das muss vor allem nach den Beanspruchungen und Versäumnissen der Corona-Pandemie klar sein. Wenn die Kultusministerinnen und -minister Schulen professionell aufstellen wollen, brauchen wir für unterrichtsferne Tätigkeiten Schulassistenten an jeder Schule.“

Namen und Nachrichten

Der **dbb** (verhandelt für seine Fachgewerkschaft komba) hat mit der Arbeitgeberseite vereinbart, die Finanzierung eines Tarifabschlusses bei der ServiceDO gGmbH durch einen von den Gewerkschaften benannten Wirtschaftsprüfer prüfen zu lassen. Bis das Ergebnis vorliegt, werden die Tarifverhandlungen vertagt. Der dbb, ver.di und die Arbeitgeber-

seite haben sich gemeinsam darauf verständigt, die Tarifverhandlungen nach Abschluss der Wirtschaftsprüfung fortzusetzen. Der dbb bleibt weiterhin bei der Kernforderung, das Gehaltsniveau der Beschäftigten der ServiceDO gGmbH zumindest mittelfristig an den TVöD anzupassen.

Zu einem Meinungsaustausch über finanz- und gesellschaftspolitische Fragen trafen sich Ende April der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Florian Toncar, und der **DSTG** Bundesvorsitzende und dbb Vize Thomas Eigenthaler. Eigenthaler nutzte die Gelegenheit, um dem Staatssekretär die Arbeit und die Ziele der DSTG vorzustellen. Die weiteren Themenschwerpunkte der Unterredung kreisten um die steuer- und finanzpolitischen Festlegungen des Ampel-Koalitionsvertrages, aber auch um die politischen und finanziellen Folgen des Ukraine-Krieges sowie um die Belastungen der kleinen und mittleren Einkommen durch die hohe Inflation.

Das Deutsche Kinderhilfswerk, der ökologische Verkehrsclub VCD und der **Verband Bildung**

und Erziehung (VBE) rufen Schulen und Kindertageseinrichtungen in ganz Deutschland unter dem Motto „Für Kinder und Umwelt: Adieu Elterntaxi!“ dazu auf, sich ab sofort zu den Aktionstagen „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“ anzumelden. Während der Aktionstage vom 19. bis 30. September 2022 sollen möglichst viele Kinder deutschlandweit zu Fuß, mit dem Rad oder dem Roller zur Schule oder Kindertagesstätte kommen. In den letzten Jahren hatten zehntausende Kinder in ganz Deutschland bei den Aktionstagen mitgemacht und die Aktion zu einem großen Erfolg geführt. Mehr Infos unter <https://www.zu-fuss-zur-schule.de/>.

Termine:

6./7. Mai 2022, Berlin

Bundesjugendtag 2022 der dbb jugend (Bund)

Mehr Informationen unter <https://www.dbb-jugend.de/events/bundesjugendtag.html>

16./17. Mai 2022, Potsdam

Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst: 3. Runde

Mehr Informationen unter www.dbb.de/sue